

Jugendrat Forderungen zu Feminismus:

Erhöhung des Budgets für Gewaltprävention

Wir fordern einen Zuschlag von mindestens 200 Millionen € für die Gewaltprävention! Der Schutz von Frauen und Kindern sollte in einem demokratischen Staat selbstverständlich sein und nicht immer wieder staatlichen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

- Nur durch eine solche Erhöhung des Budgets würde es überhaupt möglich sein, Dienste wie den 24-Stunden-Frauennotruf und die Autonomen Österreichischen Frauenhäuser weiter in ihrer derzeitigen Form zu unterstützen.
- Jedes Jahr verursachen Gewalttaten an Frauen etwa 3,7 Milliarden € an Folgekosten – diese könnten mit einem effektiv eingesetzten Gewaltschutzprogramm deutlich verringert werden.
- Derzeit sind die Förderungen, die im Gewaltschutzpaket der Regierung vorgesehen sind, im Bereich der Täterarbeit höher als im Bereich des Opferschutzes. Dadurch werden aber höchstens Folgetaten verhindert, den Frauen, die bereits von Gewalt betroffen waren, hilft das nicht.
- Ein*e Betreuer*in ist aktuell für durchschnittlich 300 betroffene Frauen und Kinder zuständig – das ist viel zu viel und macht eine individuelle und verständnisvolle Betreuung nahezu unmöglich. Es müssen dringend neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen werden!
- Vertreterinnen der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser kritisieren, dass ihre Vorschläge und Bedenken bei der Ausarbeitung des Gewaltschutzpakets der Regierung kaum berücksichtigt wurden. Wir fordern, dass mit jenen zusammengearbeitet werden muss, die tatsächlich wissen, was wo gebraucht wird!

Konsequenzen für sexuelle Übergriffe und Diskriminierung

Sexuelle Übergriffe und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist auch heute noch vielerorts ein Tabuthema, viele Betroffene trauen sich nicht, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Und selbst in den Fällen, in denen eine Tat gemeldet wird, bleibt dies häufig ohne wirkliche Konsequenzen für die Täter.

- Derzeit werden nur sehr wenige Delikte strafrechtlich verfolgt, oft weil die Betroffenen nicht wissen, dass das, was ihnen passiert ist, angezeigt werden kann, oder weil ihnen ein gerichtlicher Prozess eine zu große emotionale Belastung darstellt und mit Angst, Scham und finanziellem Risiko verbunden ist. Auch in den Fällen, die angezeigt werden, kommt es nur selten zu einem Schuldspruch.
- Gerade Schülerinnen, die Opfer von sexuellen Übergriffen oder Diskriminierung werden, haben in Österreich keine wirkliche Anlaufstelle und wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen. Meistens bleiben Lehrpersonen im Amt, auch wenn bekannt ist, dass sie sexistisch oder übergriffig gehandelt haben.

Gratis Schwangerschaftsabbrüche und gratis Verhütungsmittel.

Jede Frau sollte das Recht haben, selbst darüber zu entscheiden, ob und wann sie ein Kind bekommen möchte. Um diese Freiheit zu gewährleisten, müssen

Schwangerschaftsabbrüche legalisiert und kostenlos zugänglich gemacht werden, genauso wie Verhütungsmittel.

- Derzeit werden Abtreibungen nicht von den Krankenkassen übernommen, außer es besteht akute Gefahr für das Leben der Schwangeren. So stellt ein Schwangerschaftsabbruch für viele eine große finanzielle Belastung dar. So wird die Entscheidung über den eigenen Körper zu einem Privileg der Reichen!
- Studien zufolge könnten durch kostenlose Verhütungsmittel pro Jahr geschätzte 10 000 Abtreibungen verhindert werden. Außerdem gaben Frauen im Rahmen einer Umfrage an, auf bessere und sicherere Verhütungsmethoden zurückzugreifen, wenn sie dafür finanzielle Unterstützung bekommen würden.